

Information für Versammlung März 2018 von Hans

Sektor 1 und syndicom allgemein.

70. Jahresversammlung Pensionierte Sektor 3.

Etwas über 60 Anwesende, davon 42 Stimmberechtigte. Angehörige von Mitglieder können auch an der JV teilnehmen. Sie haben 114 aktive und 120 passive Mitglieder. Heinz Ritter tritt aus dem VS aus. Er wird durch Heinz Lässer ersetzt. Präsident Paul Stadler wird nächstes Jahr auch zurücktreten.

Am 5./6. Jan. war eine Retraite der Profis. Ziele von syndicom: 1800 Neumitglieder werden erwartet, davon 500 Jugendliche.

Am Kongress in Basel wurde die Abschaffung der Task Force beschlossen, was die Wiedereinführung der Regionalleiter zur Folge hat. Diese Stellen werden nun wieder ausgeschrieben. Es gibt also wieder 5 Regionen, deren Leitungen bis zum Kongress im Juni bestimmt sein sollten. Das finanzielle Gleichgewicht und die Stabilisierung der Mitgliederzahlen werden weiterhin angestrebt.

Die Sektion hat 13 Urlaubs-Checks (UC) erhalten, gleich viele wie im letzten Jahr. Nur wer in einem Gremium ist (Vorstand, IG, ArG, Bereichsvorstand etc.) kann einen UC der Sektion beziehen. Michele muss Rechenschaft über die Abgabe an die Zentrale ablegen.

Lohnverhandlung Post

Anders als in anderen Jahren konnte ein Lohnabschluss erzielt werden. Alle profitieren und Niemand geht leer aus. Syndicom hat mit der Post einen klaren Verteilschlüssel für die Lohnerhöhungen erarbeitet. Damit soll verhindert werden, dass es zu Unklarheiten oder gar Willkürlichkeit bei der Vergabe der Lohnerhöhung kommt.

Stimmen die Delegierten der vereinbarten Lohnerhöhung zu, wird sie mit dem diesjährigen Aprillohn umgesetzt.

Wer kriegt wieviel?

1. Personen innerhalb des Lohnbandes

1 Prozent der Lohnsumme werden für wiederkehrende Lohnerhöhungen für die Personen innerhalb des Lohnbandes eingesetzt. Zusätzlich erhalten diese eine Einmalzahlung von 350 Franken.

2. Personen über dem Lohnband

Wer über dem Lohnband ist, erhält eine Einmalzahlung von 600 Franken.

Neue Lohnsystematik

Ab diesem Jahr wird das vereinbarte Prozent der Lohnsumme für die Lohnmassnahmen neu verteilt. Grundsätzlich können alle Personen die innerhalb des Lohnbandes sind, eine Lohnerhöhung erhalten. Je weniger jemand verdient, desto höher kann die Lohnerhöhung sein.

Die grössten Änderungen sind:

- Personen in den unteren drei Viertel des jeweiligen Lohnbandes erhalten eine garantierte Lohnerhöhung, wenn sie eine Personalbeurteilung von mindestens «gut erfüllt» erreichen. Zusätzlich ist auch noch eine individuelle Lohnerhöhung möglich.
- Personen, deren Lohn sich im obersten Viertel des Lohnbandes befindet, können bei guter Leistung ebenfalls von einer Lohnerhöhung profitieren.

Gäste an der Jahresversammlung der Sektion sind die JUSO welche ihre 99%-Initiative vorstellen wird. Valentina Smajli, Roland Gutmann (noch nicht definitiv zugesagt). Die Sektion würde sich auch über einen Vortrag von Stephanie Vonarburg – z.B. über den Streik bei der SDA - freuen. Auch Marco Geissbühler wäre willkommen. Leider mussten die Beiden absagen.

Der Vorstand schlägt folgende Reglements Änderung vor
III.Organisation

Art 1

7 Bisher «Die Sektion führt im 4. Quartal eine Herbstversammlung durch. Die Herbstversammlung legt den Sektionsbeitrag gemäss Art. 28 Abs. 2 des Organisationsreglements fest»

Neu «Die Sektion kann im 4. Quartal eine Herbstversammlung durchführen, sofern aktuelle Informationen vorliegen»

Begründung: Die Sektion kann den Sektionsbeitrag nicht mehr selber bestimmen da dieser in der ganzen Schweiz gleich ist.

Eine Herbstversammlung durchzuführen ohne wichtige Informationen bzw. Neuigkeiten zu haben betrachten wir als nicht Zeitgemäss. Der Besuch der Herbstversammlungen wurde in letzter Zeit immer schlechter. Zum Teil trotz interessanten Themen wie z. B. Altersreform 2020.

Presto: Der Anlass wurde erfolgreich durchgeführt. 14 Neumitglieder konnten geworben werden, noch einige Interessenten dazu. 38 Personen sind dem Aufruf gefolgt. Die Profis Shila, Karin und Beni haben den Anlass betreut. Fr. 2000.- wurden eingesetzt, die Wettbewerbsteilnehmer werden durch ein Call Center weitere anzuwerben versuchen.

Am 02. Februar fand in Rheinfeldern eine Aussprache zwischen dem BZR-Leiter, dem Personal sowie der Gewerkschaft syndicom statt. Offenbar war allein schon die Ansetzung der Aussprache Grund für Verbesserungen. Der BZR-Leiter Markus Simon meint, es habe zu wenig Personal und es seien Neuanstellungen getätigt worden. Nach den Sommerferien wollen beide Seiten Bilanz ziehen. Der Anlass wurde allerseits positiv gewertet. An der Aussprache nahmen 14 Personen teil.

Die syndicom-Delegiertenversammlung der Postangestellten, fordert ein politisches Umdenken des Bundesrats im Service public. Angesichts der vollen Bundeskasse sollen die Dividenden der Post und der übrigen Unternehmen des Bundes dazu dienen, den Service public zu stärken und mit der Digitalisierung verbundene berufliche Umschulungen sicherzustellen. Das Profitdenken im Service public ist kontraproduktiv, das macht der PostAuto-Skandal offensichtlich.

Aufgrund der heutigen Ausgangslage muss der Bundesrat eine gesellschaftspolitische Entscheidung treffen und den Service public stärken. Er muss alles daransetzen, dass die Qualität des Service public sichergestellt werden kann und mit der Digitalisierung verbundene berufliche Umschulungen und unternehmerische Neuausrichtungen zu unterstützen.

Der Profitdruck auf die Unternehmen des Bundes muss verringert werden. Diese sollen sich auf ihren ursprünglichen Auftrag konzentrieren und einen modernen und qualitativ hochstehenden Service public für alle gewährleisten.

Die Kunden und Dienstleistungsempfänger sollen beim Entscheidungsprozess über die Strategien von öffentlichen Unternehmen wieder im Zentrum stehen.

Im Rahmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung sollen diese Unternehmen einen Fonds für die mit der Digitalisierung der Arbeitswelt verbundenen beruflichen Umschulungen bilden. Dieser Fonds kann beispielsweise durch die an den Bund gezahlten Dividenden gespiesen werden.

Sektor 2 Telecom

Leider keine Neuigkeiten erhalten.

Sektor 3 Sektor GIV

Die SDA-Redaktion nimmt von der Zusicherung des Verwaltungsrats Kenntnis, bis zum Ende des Verfahrens vor der Einigungsstelle keine neuen Kündigungen vorzunehmen und am Gang vor die Einigungsstelle EES festzuhalten. Die Redaktion verlangt, dass auch die Kündigungsfristen für bereits ausgesprochene während des Verfahrens unterbrochen bleiben.

Die wiederum sehr gut besuchte Redaktionsversammlung vom 1. März 2018 hat sich dafür ausgesprochen, den Streik weiterhin sistiert zu lassen und beschloss fast einstimmig alternative Massnahmen, um den Kampf fortzusetzen. Sie erwartet, dass sich der Verwaltungsrat im Rahmen des Einigungsverfahrens bewegen wird, wie er es zugesichert hat, und dass die laufenden Kündigungsfristen ab sofort ruhen.

Dass bis zum Ende des Verfahrens keine neuen Kündigungen ausgesprochen werden, erachtet die Redaktion als selbstverständliche Voraussetzung, um eine Vermittlung zu ermöglichen. Mit der fortgesetzten Pause des Streiks leistet die Redaktion ihren Beitrag für das Vermittlungsverfahren. Die Redaktion erwartet vom Verwaltungsrat einen gleichwertigen Beitrag. Darum fordert sie weiterhin, dass die Kündigungsfristen für bereits gekündigte Arbeitsverhältnisse ab sofort bis zum Ende des Einigungsverfahrens ruhen.

Der sda-Verwaltungsrat will Gekündigte in bedrohlicher Ungewissheit lassen

All jenen, welche die Kündigung schon erhalten haben, droht mit dem Einigungsverfahren ohne Sistierung der Kündigungen eine existenzbedrohende Ungewissheit. Sie würden ihre Arbeitsstelle verlieren, ohne den Inhalt des Sozialplans zu kennen. Die Redaktion erwartet, dass der Sozialplan in den Verhandlungen substantiell verbessert wird und dass die vorhandenen Gewinnreserven von etwa 19 Millionen Franken in das Personal und die Weiterentwicklung der Agentur investiert werden, anstatt den Aktionären als Gewinn ausbezahlt zu werden.

Die bisherigen Forderungen sda-Redaktion bleiben bestehen

Die bisherigen Forderungen der sda-Redaktion bleiben unverändert. Sie werden im Rahmen des Einigungsverfahrens als Verhandlungsgegenstand eingebracht.

- Die bereits ausgesprochenen Kündigungen und Änderungskündigungen sind bis zum Vorliegen einer tragfähigen und verantwortungsvollen Zukunfts-Strategie zu sistieren.
- Die SDA-Direktion und der Verwaltungsrat sollen auf ernsthafte Verhandlungen mit der Redaktionskommission und ihren gewerkschaftlichen Vertreterinnen einsteigen.
- Für die betroffenen älteren Mitarbeitenden muss eine Lösung gefunden werden, die sie finanziell nicht in die Misere stürzt.
- Für alle Betroffenen ist ein guter Sozialplan auszuhandeln

sda-Verwaltungsrat Matthias Hagemann hat im Interview mit Telebasel viel Unwahres gesagt auf das ich jetzt hier nicht näher eingehen will. Wenn man weiss wer alles im Verwaltungsrat sitzt wird einem klar dass dieser sicher keine Arbeitnehmer freundliche Politik betreiben wird.

IG Pensionierte

Roland Gutmann möchte gerne ein „Zückerchen nur für die Pensionierten“. Die Forderung nach einer Erhöhung der REKA-Checks-Ermässigung von 7 auf 10%. Der Zentralvorstand wird sich vermutlich dagegen sträuben. Roland Gutmann gibt aber zu bedenken, dass die Aktiven fast jährlich eine Lohnaufbesserung kriegten, die Pensionierten jedoch seit 14 Jahren nichts mehr.

Daniel Münger sich bei der Post leider erfolglos für einen zusätzlichen Personal-Gutschein für die Pensionierten eingesetzt habe. Giorgio Pardini habe bei Complan einen Antrag für einen Teuerungsausgleich eingegeben, auch dieser ist jedoch abgelehnt worden. Es geht jetzt vor allem um die betrieblichen Vergünstigungen (Fringe Benefits). Diesbezügliche Forderungen müssen bei den Arbeitsgebern eingegeben werden. Swisscom ist eine vermögende und gewinnbringende Firma. Forderungen bezüglich Teuerungszulagen bei den Renten müssten hingegen über die Stiftungsräte erfolgen. Leider gibt es auch Pensionierte welche überhaupt nichts kriegten, zum Beispiel diejenigen des Sektors 3.

Politik allgemein

Die baselstädtische Regierung will Quartier-Postfilialen mit einer Standesinitiative erhalten. Sie empfiehlt dem Grossen Rat, einen entsprechenden SP-Antrag gutzuheissen. Mit der Standesinitiative betreffend «Service Public erhalten» soll ein politisches Zeichen für einen starken Service Public gesetzt werden.

Der SP-Antrag für eine Standesinitiative fordert unter anderem ein Schliessungs-Moratorium bis eine Netzplanung öffentlich vorliegt. Statt blosser Schliessungs-Stellungnahmen verlangt der Antrag von der Postcom anfechtbare Beschlüsse wozu das Bundesrecht anzupassen sei. Betroffene Anwohner sollen sich an die Postcom wenden dürfen.

Die Ankündigung der Schliessung der Basler Hauptpost in der Innerstadt hatte viel Protest ausgelöst. Auch andere Kantone wehren sich per Standesinitiative gegen Poststellenabbau. So hat der Tessin eine beschlossen und die Unterstützung der Kantone Waadt und Genf dafür erhalten. Im Kanton Basel-Landschaft hat der Landrat im Dezember einen entsprechenden Antrag der Regierung überwiesen

Die SVP hat die Maske fallen gelassen. Die von ihr geforderte Abschaffung der Personenfreizügigkeit und der Flankierenden Massnahmen ist ein Frontalangriff auf den Schweizer Lohn- und Arbeitnehmerschutz. Die Auswirkungen für die Arbeitnehmenden in der Schweiz wären verheerend. Lohndruck, prekäre Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen sowie der Verlust von Arbeitsplätzen wären die Folge. Mit ihrem Ja zur No-Billag-Initiative hat sie sich auch klar gegen die Interessen der Randregionen eingesetzt.

Der Grosse Rat von Basel-Stadt hat der Regierung untersagt im nächsten Jahr mehr Geld auszugeben als im diesem Jahr. Das ist ein Angriff auf die Sozialausgaben, Schulen etc. Was will die bürgerliche Mehrheit damit erreichen? Bei steigender Schülerzahlen, Krankenkassenprämien etc. sind Mehrausgaben die logischen Folgen. Genau hier will sie sparen, das heisst es passt ihr nicht, dass die Rot-Grüne Regierung jeweils die Vergütung der Krankenkassenprämien den steigenden Kosten anpasst.

Nach den Angriffen der Ständeräte Graber und Keller-Sutter auf korrekte Arbeitsbedingungen folgt nun der nächste Streich: Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK-N) hat eine skandalös radikale parlamentarische Initiative von Nationalrat Thierry Burkart (FDP, AG) schlicht durchgewunken! Diesmal sind die Home-Office-Arbeitnehmenden im Visier. Burkart will damit deren Arbeitsbedingungen systematisch verschlechtern:

- Home-Office-Arbeitnehmende sollen bis zu 17 Stunden am Stück pro Tag arbeiten müssen;
- Pausen und Ruhezeiten müssen nicht mehr eingehalten werden. Der Arbeitgeber könnte kurzfristig Nachtarbeit verordnen und den Zeitplan der Arbeitnehmenden mit kurzfristigen Einsätzen durcheinanderbringen;
- Arbeitgeber könnten im Homeoffice neu Sonntagsarbeit befehlen - ohne Bewilligung und Kontrolle durch die Behörden.

Der SGB wird solche Wild-West-Verhältnisse für Home-Office-Arbeitnehmende bekämpfen. Statt Abbau braucht es einen besseren Schutz dieser Arbeitnehmenden. Dieser Schutz hat Gesundheits- und Datenschutz, Haftungsfragen, sowie die Kosten des Materials zu umfassen.

Domo-Swiss Express erhält die Konzession für einen offiziellen täglichen Busverkehr in welchem auch das Halbtaxabo. sowie das GA gültig ist.

Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat heute einen falschen, gefährlichen und arroganten Entscheid getroffen. Einerseits ermöglicht der Konzessionsentscheid zugunsten des Fernbusunternehmens Domo völlig unnötig und allenfalls mit fatalen Folgen eine Konkurrenz zur SBB.

Folge: SBB verlangt für den neuen GAV bereits Lohnkürzungen beim Personal um Konkurrenzfähig zu bleiben. Andere Verkehrsunternehmen werden diese Forderung auch aufnehmen und es kommt zu immer mehr prekären Anstellungsbedingungen. Der bestehende GAV bei der SBB läuft bis Ende 2018. Die Verhandlungen beginnen im März.